

ten Betriebe und für die der örtlichen Industrie vorgesehen sind, zweckmäßig und dem Prinzip der Sparsamkeit entsprechend koordiniert werden. In der Vergangenheit konnte es z. B. passieren, daß auf einem Geländekomplex zwei Heizhäuser gebaut wurden. Eines gehört dem VEB Dieselmotorenwerk und eines dem VEB Schleuderbetonröhrenwerk. Grob hatte man hier die Hinweise der Werktätigen mißachtet, die vorschlugen, ein zentrales Heizhaus zu bauen, das nicht nur diese beiden, sondern noch einen dritten Betrieb hätten bedienen können. In denselben Fehler des Nebeneinanderplanens verfällt man jetzt wiederum. Die benachbarten volkseigenen Betriebe Schleuderbetonröhrenwerk und Lackunsthharzwerk planen jeweils für sich den Bau eines Sozialgebäudes. Diese Angelegenheit überprüfte die Ständige Kommission für örtliche Wirtschaft und unterbreitete in Verbindung mit dem Rat den zuständigen Ministerien einen Vorschlag, der dem Sparsamkeitsregime bei Investitionen gerecht wird.

Aus dieser Angelegenheit zog das Büro der Kreisleitung die Schlußfolgerung, daß die Parteileitungen der Betriebe mehr von ihrem Kontrollrecht auch in bezug auf Verwendung und Nutzeffekt der Investitionen Gebrauch machen müssen und bei der Plandiskussion die Massenkontrolle darüber organisieren. Das Büro der Kreisleitung drängt jetzt die Parteileitungen, das Versäumte rasch nachzuholen. Im VEB (K) Saline Schönebeck muß z. B. darauf geachtet werden, ob das vorprojektierte Siedehaus in seiner Ausrüstung dem modernsten Stand der Technik entspricht.

Eine weitere wichtige Seite der Vorbereitung des neuen Volkswirtschaftsplans ist das Gespräch mit den Werktätigen im Handel. Hier geht es darum, auf welche Weise der Warenumsatz 1958 gegen 1957 um vier Prozent und der Anteil des Umsatzes von Industriewaren zum Gesamtumsatz von 43,2 Prozent (laut Plan 1957) auf etwa 48 Prozent gesteigert werden kann.

Die Genossen unseres staatlichen Handels haben die Plandiskussion so organisiert, daß zunächst mit allen Kollegen an Hand genauer Unterlagen über den Umsatzplan gesprochen wird. Anschließend beraten sich die Einkäufer mit den Kollegen über die genaue Warenbereitstellung für die einzelnen Warenarten.

Bei diesen Diskussionen traten einige Auffassungen auf, mit denen man sich auseinandersetzen muß. Manche Genossen und Kollegen, die im Handel arbeiten, glauben, daß durch die neuen Methoden der Planung alle Schwierigkeiten bei der Warenbereitstellung für 1958 beseitigt seien und daß sie alle festgelegten Waren ohne eigenes Zutun erhalten könnten. Andere wiederum bezweifeln die reale Möglichkeit, daß die vorgesehene höhere Warenbereitstellung bei verschiedenen Waren eingehalten wird. Sie meinen: „Es wird versprochen, und später, wenn wir die neue Umsatzhöhe übernommen haben, wird gekürzt.“ Diese Auffassungen sind selbstverständlich schädlich und dürfen von den Parteiorganisationen nicht hingenommen werden.

Die Mitarbeiter des staatlichen Handels beraten auch ausführlich über die Frage der Investitionen. Sie verstehen sehr gut, daß auch im Jahre 1958 noch keine größeren Mittel für Renovierungen, neue Einrichtungen, Kühlaggregate usw. zur Verfügung stehen können, da andere Aufgaben unserer Volkswirtschaft, wie die Erfüllung des Kohle- und Energieprogramms, vordringlich sind. Sie schlagen deshalb vor, daß ihnen ein gewisser Prozentsatz der Amortisation für bestimmte Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Dieser Vorschlag sollte von den zuständigen Stellen geprüft werden.